

**Rede  
des Fraktionssprechers für Rechts- und  
Verfassungsfragen**

**Ulf Prange, MdL**

zu TOP Nr. 12

Erste Beratung  
**Kinder und Jugendliche vor sexuellem Missbrauch  
schützen - Rechtsrahmen zur Speicherung von  
Verkehrs- und Standortdaten ausschöpfen!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/113

während der Plenarsitzung vom 14.12.2022  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Lieber Herr Kollege Calderone, ich finde es, ehrlich gesagt, schade, dass Sie dieses wichtige und ernste Thema hier so dargestellt haben, wie Sie es dargestellt haben, weil: Damit werden Sie dem Thema nicht gerecht.

Sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen und Kinderpornografie gehören zu den schwersten Straftaten, die es gibt. Da braucht es konsequentes Handeln. Ich glaube, darüber waren wir uns in der Vergangenheit auch immer einig.

Jetzt hier von „Chaos“ zu sprechen und Dinge in ein bestimmtes Licht zu rücken, ist zumindest fragwürdig. Zum Beispiel die Pressekonferenz von Justiz- und Innenministerium anzusprechen, in der es meiner Kenntnis nach um dekodierte Handys, also um die Darstellung eigener Ermittlungen ging, muss nicht sein und ist, glaube ich, auch nicht gut. Sie sind vielleicht in der Opposition angekommen, aber ich würde doch darum bitten, dass wir künftig bei solch wichtigen Themen das Gemeinsame stärker betonen.

Sie haben das Urteil des EuGH vom November angesprochen. Es ist ja nicht so, dass der EuGH die Vorratsdatenspeicherung in diesem Urteil als zulässig und als europarechtskonform anerkannt hat. Ganz im Gegenteil: Die Regelung, die wir in Deutschland hatten, wurde als unzulässig und rechtswidrig eingestuft.

Der EuGH hat sehr enge Grenzen gesetzt, innerhalb derer sie zulässig ist.

In der Vergangenheit hatten wir also eine Regelung, die jetzt rechtswidrig ist, die in den letzten Jahren auch nicht angewendet worden ist, ausgesetzt war. Das war ein Zustand, in dem es nicht möglich war, auf Informationen zuzugreifen. Wenn man jetzt schon wieder einen Schnellschuss macht und am leicht wieder eine Regelung haben, die nicht den Vorgaben des Europarechts genügt, stehen wir erneut mit leeren Händen da.

Deswegen finde ich das, was in Berlin stattfindet und was Sie eben als „Chaos“ bezeichnet haben, richtig. Es wird um gute Lösungen gerungen. Unser Innenminister hat sich sehr deutlich dazu geäußert und gesagt: Das, was die Polizei, was die Ermittlungsbehörden und die Justiz brauchen, ist zweierlei: Einmal geht es um die Daten. Aber es braucht auch eine gut ausgestattete Polizei und Justiz.

Dafür haben wir uns in der Vergangenheit immer eingesetzt. Das werden wir auch weiterhin tun. Dies ist ja auch im Koalitionsvertrag niedergelegt.

Mehr Personal, bessere Fort- und Weiterbildung, gute IT-Struktur, Künstliche Intelligenz - das ist das eine. Hier sind wir auch als Land in der Verantwortung, es vor Ort umzusetzen. Das andere ist: Wir müssen schauen, welche Regelung wir europa-rechtskonform und grundrechtsschonend umsetzen können.

Da gibt es den Vorschlag, Quick Freeze anzuwenden. Quick Freeze hat einen großen Nachteil. Es ist völlig klar, dass nur die Daten eingefroren werden können, die vorhanden sind. Daten, die länger zurückliegen, erhalte ich darüber nicht. Das ist gerade bei der Kinderpornografie ein Problem. Trotzdem ist Quick Freeze besser als das, was wir jetzt haben, nämlich gar nicht zugreifen zu können.

Insoweit kann man sich doch im Sinne vom Spatz in der Hand oder der Taube auf dem Dach damit beschäftigen, welche Möglichkeiten unsere Ermittlungsbehörden durch Quick Freeze erhalten. Sie bekommen darüber übrigens nicht nur die IP-Adresse, sondern mehr Daten. Brauchen wir vielleicht ein „Quick Freeze plus“? Da kann man doch nicht einfach einen Antrag schreiben und sagen: So ist es! Vielmehr müssen wir doch auch im Niedersächsischen Landtag eine Debatte hierüber führen.

Ich will noch etwas anderes sagen. IP-Adressen - schön und gut. Aber die ganz schweren Fälle passieren im Darknet, und da hilft Ihnen die IP-Adresse nicht weiter - zumindest nach dem, was ich in Gesprächen mit den Ermittlungsbehörden immer höre. Insoweit gibt es eine weitere Lücke.

Lassen Sie uns nicht wieder den gleichen Fehler machen, den wir vor vielen Jahren gemacht haben, als wir eine Regelung gefunden haben, ohne uns die Bedarfe der Ermittlungsbehörden und die rechtlichen Möglichkeiten anzuschauen. Das ist das, was wir jetzt leisten müssen.

Insoweit bin ich zuversichtlich. Wir haben in Niedersachsen eine großartige Justizministerin und einen großartigen Innenminister, die sich hierzu auch, wie ich finde, sehr richtig geäußert haben. Ich habe großes Vertrauen, dass sie das, was wir in Niedersachsen im Parlament beraten, nach Berlin tragen und dafür sorgen, dass wir eine Regelung finden, die diese Abwägung, die wir hier zu treffen haben, auflöst. Wir sind als SPD auf jeden Fall bereit, daran mitzuarbeiten.

Es gibt - das will ich abschließend sagen - einen Handlungsbedarf angesichts steigender Fallzahlen von Kinderpornografie und sexualisierter Gewalt. Aber wir müssen Regelungen finden, die funktionieren. Dafür stehen wir.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. Vielen Dank.